



Aus Grau mach Blau. Weisse Wolken und blauer Himmel statt düsteres Grau – ein Kohlekraftwerk in Peking hat einen neuen Farbanstrich erhalten. Foto Keystone

China zeigt sich kompromissbereit

Das Land denkt auf Druck der USA über die Reduktion von Treibhausgasen nach

CHRISTIAN MIHATSCH

Bei den Verhandlungen über ein neues Klimaabkommen stehen China und die USA im Mittelpunkt. Nur wenn die beiden grössten Treibhausgas-Emittenten verbindliche Reduktionsziele vereinbaren, kann die Klimaerwärmung begrenzt werden.

«Wenn sich China erhebt, wird die Welt erzittern», soll Napoleon einmal gesagt haben. Dies trifft insbesondere aufs Weltklima zu. Derzeit gehen in China jede Woche zwei neue Kohlekraftwerke ans Netz. Das Reich der Mitte bläst mittlerweile mehr CO₂ in die Atmosphäre als die USA. Dennoch zwingt das Kyoto-Abkommen China zu keinerlei Emissionsreduktionen. Gemäss dem Weltklimavertrag müssen nur die reichen Industrieländer ihre Emissionen reduzieren.

Unter anderem aus diesem Grund haben die USA Kyoto nie ratifiziert. Da das Kyoto-

Protokoll 2012 ausläuft, soll im Dezember dieses Jahres in Kopenhagen ein Nachfolgeabkommen ausgehandelt werden. Aber auch hier ist die Frage von verbindlichen Vorgaben für die Entwicklungsländer wieder heiss umstritten. Angeführt von Indien und China lehnen sie verbindliche Emissionsreduktionen ab.

EIN MUSS. Doch ohne derartige Vorgaben besteht nicht nur kaum je eine Chance, dass der US-Kongress einem Nachfolgeabkommen zustimmt, sondern auch keine Hoffnung, dass sich die Treibhausgas-Emissionen im erforderlichen Mass reduzieren lassen. Im Zentrum der Verhandlungen über das Kyoto-Nachfolgeabkommen stehen also zwei Länder: China und die USA.

Während die USA unter dem neuen Präsidenten Barack Obama bereits eine aggressive

Klimaschutzpolitik angekündigt haben, hat sich China noch kaum bewegt. Doch nun mehrerlei Anzeichen, dass der gelbe Riese mit sich reden lässt: So empfiehlt der chinesische Verhandlungsführer bei den Klimaverhandlungen, Su Wei, seiner Regierung, CO₂-Vorgaben in Erwägung zu ziehen. Dies hat mehrere Gründe:

> Negative Folgen: Der Treibhauseffekt ist auch für China längst kein theoretisches Problem mehr. Das Abschmelzen der Gletscher im Himalaja gefährdet die Wasserversorgung, Peking wird immer öfter von Staubstürmen heimgesucht. Wegen der grassierenden Umweltverschmutzung kommt es auch vermehrt zu Demonstrationen aufgebracht Bürger.

> Mehr Energiesparen: China hat sich zum Ziel gesetzt, die

Energieeffizienz seiner Wirtschaft um 20 Prozent zu erhöhen. Dieses Ziel wird voraussichtlich schneller erreicht als gedacht. Ausserdem investiert China massiv in den Klimaschutz. 221 Milliarden Dollar – immerhin stolze 40 Prozent der aktuellen chinesischen Konjunkturpakete – fliessen in verschiedene Massnahmen zum Schutz der Umwelt. Dies entspricht drei Prozent des chinesischen Bruttoinlandsproduktes.

> Furcht vor Schranken: Bei den derzeit laufenden Beratungen des Klimaschutzgesetzes im US-Repräsentantenhaus werden immer wieder Schutzzölle gegen Länder mit «Klimadumping» gefordert. Letztes Jahr haben die USA Waren im Wert von knapp 340 Milliarden Dollar aus China importiert. CO₂-Zölle kämen China deshalb

also womöglich tatsächlich sehr teuer zu stehen.

ZURÜCKHALTUNG. Noch hat China aber seine Ablehnung verbindlicher Emissionsziele nicht aufgegeben und argumentiert, dass die Industrieländer für den Grossteil der bisherigen Emissionen verantwortlich sind. Der US-Regierung scheint aber klar zu sein, dass ein Erfolg bei den Klimaverhandlungen in Kopenhagen nur im Tandem mit China möglich ist. So stellte US-Aussenministerin Hillary Clinton bei ihrem China-Besuch im Februar die Energie- und Klimapolitik ins Zentrum der Beratungen. Dabei dürfte sie ihren Gesprächspartnern klargemacht haben, dass sich China in der Klimapolitik kooperativ zeigen muss, wenn es wieder mehr Einfluss in der Welt haben will. Zeit für einen langen Marsch besteht deshalb nicht.

Wohlstand dank Handel

Gegen Protektionismus

IWAN LIEBERHERR (SDA)

Für freie, offene Märkte: Eindringlich haben Wirtschaftsvertreter am St. Gallen Symposium vor den negativen Folgen von wirtschaftlichem Nationalismus und Protektionismus gewarnt.

Die Gefahr, sich in der Krise abzuschotten, sei gross, konstatierte der Chef des Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmens PwC, Samuel DiPiazza, am Freitag an der Universität St. Gallen. Die unvorstellbaren Summen, die zur Rettung von Banken und Unternehmen anderer Branchen aufgewendet würden, sowie die Programme zur Ankurbelung der Wirtschaft rund um den Globus förderten ein nationalistisches Denken, ergänzte DiPiazza. Er verwies auf US-Präsident Obama, der die Amerikaner auffordert, einheimische Produkte zu kaufen, oder Grossbritanniens Premierminister Brown, der britische Jobs für Briten fordert.

GEFÄHRLICH. Vermeintlich kleine Massnahmen, etwa höhere Zölle, verzerrten den Handel, warnte der PwC-Chef. Das löse einen gefährlichen Dominoeffekt aus: «Schotten die USA ihren Automarkt ab, kaufen Europa, Japan oder China keine Flugzeuge mehr in den USA.» Auf diese Weise addierten sich viele kleine Massnahmen zu einem grossen Problem. Darunter litten insbesondere die ärmsten Länder der Welt. Sukkurs erhielt er von ABB-Konzernchef Joe Hogan, der ebenfalls auf die Wohlstandsgewinne der vergangenen Jahrzehnte verwies, die den offenen Märkten zu verdanken seien.

Doch nicht nur Schwellenländer, auch Industriestaaten profitierten von globalisierten, offenen Märkten, betonte Yuzaburo Mogi, Chef der japanischen Kikkoman-Gruppe, der weltweit grössten Herstellerin von Sojasauce. Die freie Marktwirtschaft sei zwar nicht perfekt, aber gleichwohl das beste aller Systeme, führte Mogi weiter aus. Er forderte aber faire Regeln für einen fairen Wettbewerb, die unter dem Dach der Welthandelsorganisation (WTO) zu definieren seien.

Fannie noch nicht gerettet

Weitere Geldspritze nötig

HYPOTHEKEN. Die US-Regierung muss dem Hypothekenfinanzierer Fannie Mae nach einem Quartalsverlust von 23,2 Milliarden Dollar erneut unter die Arme greifen. Der verstaatlichte Konzern klopfte beim Finanzministerium um weitere Hilfen über 19 Milliarden Dollar an. Dem Unternehmen machen steigende Belastungen durch Kreditausfälle zu schaffen, weil aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit immer mehr Amerikaner ihre Raten für Immobilienkredite nicht bezahlen können. Man werde auf absehbare Zeit nicht profitabel arbeiten können, liess der Konzern durchblicken. Im Vorjahreszeitraum erlitt Fannie Mae ein Minus von 2,2 Milliarden Dollar.

Dafür kommen vom US-Häusermarkt Signale der Entspannung. Unter anderem stieg die Zahl der Hausverkäufe im März den zweiten Monat in Folge. Die US-Regierung hat Fannie Mae und ihr Schwesterunternehmen Freddie Mac angewiesen, dem Häusermarkt wieder auf die Sprünge zu helfen, und ihnen dazu neues Geld zugesagt. SDA

widerrede

Vertrauen ist gut, Misstrauen besser

RUEDI ARNOLD*



Es ist schon etwas merkwürdig: Wer ein Auto kaufen will, studiert Prospekte wie wild, tut sich bei Händlern um, fährt dies und jenes Modell zur Probe und handelt um den Preis wie auf einem orientalischen Basar, bis der Kaufentscheid endlich gefallen ist. Alles sehr vernünftig. Wer aber eine Weiterbildung in Aussicht nimmt, schreibt sich ein und zahlt. Und Schluss.

QUAL. Das Gebot, sich lebenslanglich weiterzubilden, führt zu Kurzschlussurteilen, die schwer verständlich sind. Gerade in schwierigen Zeiten wie diesen wollen alle arbeitsmarktfähig bleiben. Aber viele überlegen viel zu wenig, was ihnen zu diesem Ziel fehlt. Weiterbildung kann wunderbar sein, den Horizont erweitern, den Weg zu einer eidgenössisch anerkannten Prüfung als Buchhalter oder Marketingplaner oder Schreibermeister ebnen. Womit bereits gesagt ist: Lassen Sie die Finger von schulinternen Abschlüssen, auf die kein Arbeitgeber einen Pfifferling gibt. Weiterbildung kann aber auch eine Qual sein. Es ist wichtig zu prüfen, ob ich die Voraussetzungen dafür mitbringe und ob ich bereit bin,

Wochenenden und Abende zu lernen statt die Freizeit zu geniessen.

LUKRATIV. Weiterbildung ist ein Milliardengeschäft. Prüfen Sie also die Angebote mindestens so genau, wie wenn Sie ein Auto kaufen wollten, und lassen Sie sich nicht übertölpeln. Unterschreiben Sie nie einen Vertrag während eines Beratungsgesprächs. Lassen Sie sich von

Prüfen Sie Angebote für Weiterbildungen mindestens so sorgfältig wie den Kauf eines Autos.

Hochglanzprospekten nicht beeindruckt, in denen alles Wesentliche verschwiegen wird. Wenn Sie sich auf eine Prüfung vorbereiten wollen, erkundigen Sie sich, wie viele Absolventen der Schule in den letzten Jahren die Prüfung bestanden haben und wie sich die Kursleiter für ihren Job qualifiziert haben. Sitzen Sie wenn immer möglich in eine Unterrichtsstunde und reden Sie mit Teilnehmern, bevor Sie unterschreiben. Treuherzig und leichtgläubig zu sein, empfiehlt sich im Kontakt mit

Schulen genauso wenig wie mit anderen Geschäften. Sie sind nicht mehr ein Schüler, der gegen veraltete Methoden, unfähige Lehrer oder ein untaugliches System nichts ausrichten kann. Sie sind ein Kunde und haben die Wahl.

INTERPRETATION. Wie wichtig es ist, die Angebote genau zu prüfen, zeigen die MBA-Lehrgänge. «Master of Business» ist ein Titel, der in manchen Ländern ein hohes Ansehen geniesst. Aber alle Anbieter verstehen etwas anderes darunter. Für die einen ist der MBA der Abschluss einer betriebswirtschaftlichen Weiterbildung, für andere ein anspruchsvolles Studium in Management mit Teilnehmern aus der ganzen Welt. Hier kostet die Vorbereitung weniger als 20 000 Franken, dort belaufen sich die Gebühren auf fast 100 000 Franken. Es lohnt sich also, die Angebote ganz genau zu prüfen, ob es sich nun um den MBA, eine Führungsschulung oder eine Sprache handelt. Vertrauen ist gut, Misstrauen ist besser.

* Ruedi Arnold ist Journalist aus Luzern. Er schreibt in Wirtschaftsmedien über Aus- und Weiterbildung an Hochschulen. Für die BaZ verfasst er in der Rubrik «Widerrede» Kolumnen zu Themen aus der Wirtschaftswelt.

Viel Gewinn für die Nationalbank

Beinahe fünf Milliarden Franken

Die Nationalbank hat ein erfolgreiches erstes Quartal 2009 hinter sich. Der Rettungsfonds für die UBS belastete das Ergebnis aber mit 453 Millionen Franken.

Der Quartalsgewinn von 4,83 Milliarden Franken der Schweizerischen Nationalbank (SNB) verleiht sich mit einem Verlust von 3,974 Milliarden Franken im entsprechenden Vorjahresquartal. Der Gewinn wäre noch höher ausgefallen, hätte der Stabilisierungsfonds für die Verwertung illiquider UBS-Aktiven für die ersten drei Monate nicht einen Verlust von 453 Franken ausgewiesen. Der Wert der Anlagen des Stabilisierungsfonds wird in der SNB-Konzernbilanz per Ende März mit 19,391 Milliarden Franken aufgeführt, verglichen mit 16,227 Milliarden Franken Ende 2008.

GOLD HILFT. Dank dem seit Jahresbeginn um 13 Prozent gestiegenen Goldpreis ergab sich für die SNB auf ihrem Goldbestand ein Bewertungsgewinn von rund vier Milliarden Franken. Auch auf den Fremdwährungspositionen fiel wegen der Abschwächung des Frankens ein Nettoertrag von 1,31 Milliarden Franken an. Auch die Bilanzsumme nahm in den ersten drei Monaten 2009 weiter zu, und zwar um 22,3 Milliarden auf 238,2 Milliarden Franken. Auf der Passivseite schnellten die Girokonten inländischer Banken um 39,4 Milliarden Franken in die Höhe, weil die SNB die Banken sehr grosszügig mit Liquidität versorgt. Die übrigen Termverbindlichkeiten schmolzen bis Ende März auf 8,6 Milliarden Franken zusammen, wie die Schweizerische Nationalbank am Freitag bekannt gab. AP

ANZEIGE

FRÜHLINGS AUSSTELLUNG
8.-10. MAI 2009

FR 8. Mai 09 15 - 19 Uhr
SA 9. Mai 09 10 - 17 Uhr
SO 10. Mai 09 10 - 17 Uhr

35 JAHRE GUNDELI GARAGE

Leimgrubenweg 22
Ecke Reinacherstr.
Basel, 051 328 65 00
www.gundeli-garage.ch